

Beschlüsse

Bezirksparteitag

18. Juni 2016, Frankfurt

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, Juni 2016

INHALTSVERZEICHNIS

Antragsgruppe A

Organisation – Parteien – Verbände Seite 5

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen Seite 9

Antragsgruppe C

Sozialpolitik Seite 11

Antragsgruppe D

Bildungspolitik Seite 20

Antragsgruppe E

Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik Seite 21

Antragsgruppe F

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik Seite 23

Antragsgruppe G

Europa Seite 27

Antragsgruppe H

Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft Seite 35

Beschlussübersicht

Seite 37

Wahlergebnisse

Seite 41

Antragsgruppe A - Organisation – Parteien – Verbände

A 1

Mehr Gerechtigkeit wagen

1. SozialdemokratInnen werden gebraucht

Die Vielfalt und das Gewicht der politischen Probleme, die derzeit gleichzeitig auf der Tagesordnung stehen, führen zu Angst und Verunsicherung bei großen Teilen der Bevölkerung.

- Die zunehmende Ungleichheit wirft die Frage nach mehr Gerechtigkeit immer schärfer auf.
- Neue Studien über mögliche Armutsentwicklungen und die Krise der privaten Altersvorsorge machen die Frage einer auskömmlichen Rente erneut aktuell.
- Der Umbau der Arbeitsgesellschaft bei zunehmender Digitalisierung sorgt für Zukunftsängste der Beschäftigten.
- Es gelingt nicht, die Langzeitarbeitslosigkeit ernsthaft abzubauen.
- Die unveränderte soziale Auslese bei der Bildung bremst sozialen Aufstieg aus.
- Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen besonders in den Ballungsräumen belastet die verfügbaren Einkommen mit hohen Mieten.
- Europa droht unter der Politikunfähigkeit seiner Regierungen zu zerbrechen.
- Neuer Nationalismus breitet sich aus in ganz Europa.
- Der Klimawandel entwickelt sich noch immer relativ ungebremst
- Die Not aus Krieg, Armut und Klimawandel erreicht Nordeuropa in Gestalt von Flucht und Migration.
- Kriegerische Konflikte und scheiternde Staaten sind nur mühsam unter Kontrolle zu bringen.
- Gleichzeitig formiert sich in Deutschland erfolgreich eine neue rechtspopulistische Partei, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzt.

Fragt man die vielen, die heute nicht mehr wählen gehen, dann warten sie sehnsüchtig darauf, dass eine Partei all diesen Entwicklungen entschieden entgegentritt. In einigen Ländern Südeuropas haben sich neue linke Gruppierungen gebildet. In Deutschland ist das noch nicht der Fall. Es bleibt bei der Linkspartei, deren Politikkonzepte bisher eher vergangenheitsorientiert sind.

Die SozialdemokratInnen werden so dringend gebraucht, wie seit langem nicht mehr. Und sie sind auch in der Lage, Antworten zu geben. Auf der Basis unserer Grundwerte und gestützt auf eine lange Geschichte haben eine Reihe von Gliederungen, wie die beiden hessischen Bezirke, der Landesverband Schleswig-Holstein und eine Reihe von anderen Gliederungen politische Konzepte entwickelt, um die einzelnen Probleme anzugehen. Jetzt gilt es, diese Konzepte zusammenzuführen und auf dieser Basis eine klare wertorientierte Politik umzusetzen.

2. Unsere Aufgabe: Mehr Gerechtigkeit

Der Wertekompass der SPD - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - verpflichtet uns zu einer Politik für mehr Gerechtigkeit, dies ist Identitätskern der Sozialdemokratie. Unsere politische Glaubwürdigkeit und mithin die Möglichkeit künftiger Regierungsmehrheiten unter sozialdemokratischer Führung hängen deshalb maßgeblich davon ab, ob unsere Politik in den Augen unserer Wählerinnen und Wähler einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leistet. Dies gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern ebenso im europäischen Kontext und im globalen Maßstab.

Wir SozialdemokratInnen wissen, Gerechtigkeit muss immer wieder neu erkämpft werden. In den letzten Jahrzehnten haben die Privilegierten in unserer Gesellschaft ihren zunehmenden Vorsprung an Vermögen, Einkommen und politischem Einfluss auch dadurch verteidigt, dass sie versucht haben, immer neue Spaltungslinien in der Gesellschaft zu schaffen. Jung gegen alt, Beschäftigte gegen Arbeitslose, Deutsche gegen Ausländer, immer neue Debatten wurden angezettelt. Damit konnten nicht nur gemeinsame Angriffe gegen bestehende Privilegien reduziert werden, gleichzeitig wurde auch der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beschädigt. Entlang der Spaltungslinien versucht jetzt die AfD politische Mehrheiten zu organisieren.

Voraussetzung sowohl für neue Mehrheiten für die SPD als auch für ein Zurückdrängen der AfD sind klare politische Grundlinien, die mehr Gerechtigkeit herstellen. Es geht nicht um jedes einzelne Instrument, aber es geht um ein Steuersystem, das die bestehende Ungleichheit schrittweise reduziert und das so gestaltet ist, dass es zukünftige Ungleichheit verhindert. Es geht um eine Alterssicherung, die einem normalen Arbeitnehmer ein menschenwürdiges Alter ermöglicht, und es geht um ein Bildungssystem, das keine soziale Selektion mehr kennt.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet, dass nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch Chancen und Risiken gesellschaftlich gerecht verteilt sein müssen. Nicht gemeint ist Gleichmacherei – im Gegenteil! Nur vor dem Hintergrund gerechter Verteilung ergibt sich Raum für die Entfaltung individueller Fähigkeiten und Potenziale. Folglich dürfen natürliche Ungleichheit und soziale Herkunft niemals zum sozialen Schicksal werden. Der Markt allein leistet keine gerechte Verteilung von Ressourcen, Chancen und Risiken. Dazu bedarf es einer zielgerichteten Verteilungspolitik und eines aktiven und starken Staates.

3. Bildung und Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft

Große Herausforderungen lassen sich nicht länger leugnen oder einfach in die Zukunft verschieben. Um den Wohlstand und die Qualität des Wachstums in Deutschland zu sichern, stehen wir vor enormen Zukunftsinvestitionen in die Bildung und die öffentliche Infrastruktur, in die Finanzierung der Energiewende und der Handlungsfähigkeit der Kommunen, in eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus in den Ballungszentren, in die Vermeidung von Altersarmut und Pflegenotstand und nicht zuletzt in die Beseitigung des angehäuften Atommülls. Zugleich sind nach Einführung des Mindestlohns die Entgeltgleichheit, also gleicher Lohn für Männer und Frauen für gleiche Arbeit unaufschiebbar geworden.

Zur sozialdemokratischen Politik gehörte immer auch das Versprechen von persönlichem Aufstieg. Eingelöst werden kann dieses Aufstiegsversprechen aber nur in einer solidarischen Gesellschaft, die auch reale Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet,

ein hochwertiges, kostenloses, für alle Bevölkerungsschichten offenes und durchlässiges Bildungssystem zur Verfügung stellt und über einen Sozialstaat verfügt, der die existenziellen Lebensrisiken absichert. Beim Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie geht es um die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft oder des Geschlechts. Es ging immer um individuelle Leistung und soziale Sicherheit in einer Gesellschaft, in der Politik mehr Verteilungsgerechtigkeit und einen intakten Sozialstaat gewährleistet.

Schon heute kann die Finanzkraft des Staates mit diesen vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr mithalten. Im Gegenteil: Der Staat ist heute kaum noch in der Lage seine kaputten Straßen und Brücken zu reparieren. Und inmitten unserer reichen Gesellschaft wächst die Kluft zwischen oben und unten, arm und reich, zwischen den Erfolgreichen und den Abgehängten. Die Armut wird immer mehr zum Thema. Die Armut von Kindern. Die Armut von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Rentnerinnen und Rentnern, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente nicht leben können. Aber auch in der so genannten Mittelschicht wachsen der wirtschaftliche Druck und die Ängste vor dem sozialen Abstieg. Der bisher breite Konsens über Kernbestandteile einer sozialen Marktwirtschaft, wie die Sozialpartnerschaft oder das Verständnis, dass es in unserer Gesellschaft einigermaßen gerecht zugehen muss, erodieren zusehends. Eine Politik für mehr Gerechtigkeit leistet beides, Abbau der Ungleichheit und die Bereitstellung der notwendigen Mittel für Zukunftsinvestitionen.

4. Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Gerechtigkeit und Zusammenhalt bedingen einander. In einer Gesellschaft, in der die einen sich mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr Bildung und manchmal mehr politischen Einfluss kaufen können, während die anderen mit unterfinanzierten öffentlichen Einrichtungen zurecht kommen müssen, bleibt der Anspruch nach Gerechtigkeit unerfüllt und der für gemeinsame Lösungen notwendige Zusammenhalt wird immer mehr geschwächt. Die SPD bleibt der Gerechtigkeit verpflichtet und unternimmt eigene Anstrengungen, um den Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Personaldebatten ersetzen diese Anstrengungen nicht.

In der Demokratie brauchen wir Mehrheiten für unsere Politik, das heißt eine umfassende Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Sozialstaatspolitik, die auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz der sozial Schwächeren zielt, braucht die Unterstützung der Mittelschicht. Die Erfahrung zeigt, dass die Zustimmung für eine wirksame Sozialstaatspolitik in der Mittelschicht unter folgenden Bedingungen wächst:

- wenn es bei der Verteilung der Lasten tatsächlich gerecht zugeht, die wirklich starken Schultern also mehr tragen als die schwächeren,
- wenn die sozialen Sicherungssysteme und Dienstleistungen tatsächlich effizient und von guter Qualität sind und
- wenn die Angehörigen der Mittelschicht sich selbst in sozialen Notlagen gut gesichert fühlen.

Das bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht werden einer Sozialstaatspolitik nur dann mehrheitlich zustimmen, wenn sie einen glaubhaften und wirksamen Versicherungs- und Risikoschutz für die existenziellen Risiken des Lebens bietet, von denen auch sie selbst betroffen sein könnten. Dann aber darf von ihnen nicht verlangt werden, im Falle eigener Arbeitslosigkeit oder Krankheit, erst das eigene Vermögen aufzulösen oder sich diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen zu unterziehen.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind überzeugt: Man darf die Dinge nicht so hinnehmen wie sie sind. Man kann sie verändern. Eine linke Volkspartei muss sie verändern.

A 3

SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit

Die SPD setzt sich für echte Umverteilung in Deutschland ein. Dazu gehört eine Vermögenssteuer, die Erhöhung und neue Staffelung des Spitzensteuersatzes und eine hohe Erbschaftssteuer. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung kostenloser Kindergartenplätze, sowie einer Bürgerversicherung, bei ersatzloser Streichung sämtlicher anderer Krankenversicherungen. Die SPD wird zudem Ausbildungsberufe auch finanziell wieder aufwerten und die wachsende Einkommensungleichheit in Deutschland energisch bekämpfen.

Antragsgruppe B - Wirtschaft – Finanzen

B 1

Steuern und Gerechtigkeit

Ein Steuersystem muss dem Gerechtigkeitsempfinden der breiten Masse der Bevölkerung gerecht werden, die Finanzierung des Staates sicherstellen und gleichzeitig vereinfacht werden. Kernelemente eines solchen Steuersystems sind:

1. Eine Einkommensteuer als Hauptsäule des Steuersystems
 - a. Keine Differenzierung nach Einkommensarten, der Steuersatz steigt mit dem Einkommen progressiv an
 - b. Absenken der Umsatzsteuer und Kompensation über Anhebung des Spitzensatzes
 - c. Der Steuerfreibetrag wird beibehalten
 - d. Abzugsmöglichkeiten für Kinder, pflegebedürftige Verwandte und andere besondere Belastungen
 - e. Berücksichtigung von Werbungskosten
 - f. Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splittings“
 - g. deutliche Milderung / Abschaffung der kalten Progression
2. Eine Erbschaftsteuer (und Schenkungsteuer) zur Umverteilung, die ein Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich verhindert
 - a. Höchsterbschaften ab einem Freibetrag von 1 Mio. EUR durch einen deutlich höheren Steuersatz.
 - b. Differenzierung nach Familiengrad
 - c. Unternehmen soll die Wahl zwischen zwei Alternativen gelassen werden:
 - i. Die Möglichkeit für kleine bis mittelständische Familienbetriebe, eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu entrichten. Dabei ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen.
 - ii. Der Staat erhält eine stille Beteiligung am Unternehmen in Höhe der Steuerlast. Als stiller Teilhaber erhält er eine Beteiligung an der Gewinnausschüttung. Die Erben können den Staat über die Zeit entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ausbezahlen und damit wieder Volleigentümer werden.
3. Indirekte Steuern hauptsächlich als Lenkungssteuern
 - a. Eine echte Emissionsteuer auf europäischer Ebene, die zwar an den Energieträgern anknüpft, die aber vorrangig deren negativen Umweltauswirkungen betrachtet (alternativ: ausreichend verknappte Umweltzertifikate)
 - b. Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer
 - c. Ferner: Alkohol- und Tabakbesteuerung
 - d. Die Absenkung der Umsatzsteuer und aller weiteren nicht positiv in einem entsprechenden Gesetz ausgenommen Verbrauchssteuern

Mithin gibt es drei Ziele bei der Steuererhebung:

1. Das Einnahmeziel: Die vom Staat benötigten Einnahmen erzielen
2. Das (Um-)Verteilungsziel: Gesellschaftliche Umverteilung (von oben nach unten)
3. Das Lenkungsziel: Durch Steuern gewünschtes Verhalten hervorrufen, volkswirtschaftliche Kosten berücksichtigen u.ä.

Diese Ziele sind mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem Einfachheitsziel zu verknüpfen. Ein reformiertes Steuersystem soll stärker an direkten Steuern ausgerichtet sein.

B 2

Übermittlung einer gemeinsamen Einkommenssteuererklärung über ELSTER

Zur Zeit sieht es so aus, als ob ein Steuerpflichtiger, der über einen ELSTER-Zugang verfügt, alleine eine wirksame Einkommenssteuererklärung für sich und seine /seinen Ehepartnerin / Ehepartner übermitteln kann, ohne eine Freigabe von der Partnerin / dem Partner einzuholen.

Der Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den SPD-Bezirksparteitag auf, sich für eine Lösung bei der Übermittlung der EST-erklärung via ELSTER einzusetzen, die sicherstellt, dass beide (steuerpflichtigen und damit für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Erklärung verantwortlichen) Ehepartner die Erklärung signiert haben.

B 3

Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern

Zur Sicherstellung des Schutzes und der Hilfe für alle betroffenen Frauen und deren Kinder fordern wir die Schaffung einer bundesweit verbindlichen Rechtsgrundlage, die eine einzelfallunabhängige, kostendeckende und verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser in den Kommunen durch den Bund gewährleistet.

B 4

Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite

Die SPD wird aufgefordert sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für eine gesetzliche Deckelung der Zinsen für Dispositions – und Überziehungskredite einzusetzen. Dispositions zinsen dürfen in Zukunft nur noch maximal 5% und Überziehungszinsen max. 8% über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank liegen.

Antragsgruppe C - Sozialpolitik

C 1

Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern!

Die SPD hat in der großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht. Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwer fällt bis 67 zu arbeiten.

Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten.

Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiter arbeiten können und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind.

Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan.

Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:

- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial abzusteuern und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.
- Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.
- Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen.
- Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.
- Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.
- Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat

und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.

- Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen.

1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der ersten Säule.

Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems. Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Dieses zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Als erster Schritt soll die Absenkung des Rentenniveaus ausgesetzt werden. Wir wollen Perspektivisch eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50%. Das ist aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich auf den so genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der Realität nicht gibt.

Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.

Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken.

Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.

Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen und wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden. Perspektivisch macht ein Mindestrentenbeitrag die Mindestrente überflüssig.

2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem Einkommen.

Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schief gelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch mehr heraus bekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, der darf nicht genau so behandelt werden, wie jemand der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.

Als wesentliches Kriterium gelten 40 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche Zeiten) und ein Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.

3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld.

Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere Geringverdienende sollten von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese Zielgruppe hat sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen:

Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit den freiwerdenden Mitteln die Betriebsrenten fördern.

4. Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch.

Die betriebliche Altersvorsorge ist für uns die beste zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebensstandard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der Betriebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen, die eine zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig haben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wollen daher eine flächendeckende, obligatorische Betriebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzesrahmen und einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten minimieren und die Portabilität bei Jobwechseln garantieren. Hierbei sind auch die Regelungen des Betriebsrenten-Gesetzes hinsichtlich von Wartezeiten und Unverfallbarkeiten diesbezüglich zu überarbeiten. Die betriebliche Altersvorsorge soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum anderen wollen wir mit der betrieblichen Altersvorsorge branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Abkaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen Rentenübergang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsrenten entscheiden, gelten starre gesetzliche Regelungen und Anforderungen.

Zur Finanzierung können u.a. die vorgesehenen Mittel zur Förderung der Riester-Rente für die betriebliche Altersvorsorge eingesetzt werden.

5. Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige und perspektivisch auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.

Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der Herausnahme und Steuerfinanzierung sämtlicher versicherungsfremder Leistungen.

Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung der Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform ausgestaltet werden kann ohne das daraus aufgrund des Auszahlungs-Äquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen.

Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das Vertrauen in den deutschen Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die Rentenpolitik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss mit Sorgfalt und Klarheit beraten werden. Soziale Sicherungssysteme müssen sich immer wieder neu vor den Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben.

Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt anpassen.

C 5

Erziehungsrente

Der SPD-Bezirksparteitag wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass eine Erziehungsrente, welche nach dem Tod eines Elternteils an das verbleibende Elternteil gezahlt wird, auch im Falle einer nicht bestandenen Ehe, an den hinterbliebenen Elternteil ausgezahlt wird.

C 10

Ausbildung von jungen Flüchtlingen organisieren

Die SPD unterstützt die Verkürzung der Asylverfahren von jungen Flüchtlingen sowie die kurzfristige Schaffung von Ausbildungsplätzen für junge Flüchtlinge, damit diese schnellst möglichst in unsere Gesellschaft integriert und am Arbeitsleben teilnehmen können.

Dazu brauchen wir:

- Sprachliche Qualifizierungsmöglichkeiten.
- Eine systematische und differenzierte Erfassung der Stärken, Schwächen und Interessen der Menschen in der schulischen Vorbereitung.
- Vorkursangebote der berufsbildenden Schulen. Bei der Finanzierung muss der Bund die Länder unterstützen.
- Feste Lerngruppen mit flexibler Dauer.
- Fortwährende Unterstützung in den Berufsschulen.
- Außerschulische Unterstützung durch Sozialarbeiter/innen in den Wohneinrichtungen.
- Ehrenamtliche Paten, die ihre Kontakte nutzen, um sich um Praktika usw. zu kümmern.
- Vorhandene Jugendberufsagenturen als zentrale Ansprechstelle nutzen oder alternative Anlaufstellen schaffen.

Wir fordern, dass die Wirtschaft durch geeignete Mittel, wie z. B. Umlagesysteme, zur Finanzierung der Ausbildung herangezogen wird. Diese Mittel sollen auch dazu genutzt werden, begonnene Ausbildungen erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Auf diesem Weg soll ein Ausbildungssystem geschaffen werden, das allen jungen Menschen in diesem Land die Chance auf einen Berufsabschluss ermöglicht. Dazu soll die SPD einen Vorschlag zur Umsetzung zu erarbeiten.

C 11

Geschlechtsspezifische Forderungen für Flüchtlinge

Der Bezirksparteitag Hessen-Süd setzt sich für die Umsetzung folgender Forderungen ein:

Für Flüchtlinge in den Unterkünften:

- Die Flüchtlinge müssen darüber aufgeklärt werden, dass sexuelle Gewalt eine Straftat ist!
- Das professionelle und ehrenamtliche Betreuungspersonal muss für das Thema Gewalt und sexuelle Belästigung sensibilisiert werden.
- Der Zugang zu Frauenhäusern und zum Hilfetelefon muss auch für geflüchtete Frauen gewährleistet werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine bundeseinheitliche Regelung und Finanzierung.
- Für allein reisende Frauen und Mädchen müssen von Männern getrennte Unterkünfte bereitgehalten werden.
- In den gemischten Unterkünften müssen nach Geschlechtern getrennte, abschließbare Sanitäreinrichtungen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen Aufenthaltsräume nur für Frauen zur Verfügung gestellt werden.
- Viele Frauen kommen mit psychischen und traumatischen Erkrankungen an – für sie muss umgehend medizinische und psychologische Versorgung bereitgestellt werden.
- Schwangere Frauen und junge Mütter brauchen besonderen Schutz. Der Zugang zur Hebammen-Betreuung vor und nach der Geburt muss gewährleistet werden – ebenso eine familienfreundliche Unterbringung.
- Broschüren und Informationsmaterial in den benötigten Sprachen müssen zur Verfügung gestellt werden.
- Wachdienste sollten auch mit Frauen besetzt werden

Für Frauen im Asylverfahren

- Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe.
- Weibliche Dolmetscher (die ohne religiöse und kulturelle Vorbehalte agieren) müssen zur Verfügung stehen, damit die Frauen nicht vor Scham schweigen. Wenn irgendwie möglich sollten Frauen auch nur von Frauen angehört werden.
- Während der Anhörung von Müttern müssen die Kinder betreut werden.
- Schwangere dürfen nicht abgeschoben werden

Flüchtlinge in der Integration

- Integration beginnt mit der Sprache. Sprachschulung muss deshalb direkt nach der Erstaufnahme beginnen und sollte auch geschlechtergetrennt angeboten werden.
- Die Teilnahme von Frauen und Männern an allen Kursen muss verpflichtend sein. Eltern muss dafür eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden.
- Zugleich mit dem Spracherwerb müssen die Grundregeln und –werte der Aufnahmegesellschaft vermittelt werden – für Männer und Frauen. Dazu gehört auch die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Strafbarkeit von Vergewaltigung – auch in der Ehe und das Verbot von Gewalt gegen Ehefrauen und Kindern

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt durch Bundesmittel!

C 12

Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge

Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wiederherzustellen.

C 14

Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen! Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!

Mit dem von Andrea Nahles erarbeiteten Entwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen haben wir einen ersten wichtigen Schritt unternommen, um die Rechte von Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter auszubauen und den Missbrauch von Werkverträgen einzudämmen. Mit dem Entwurf stärken wir die Tarifpartnerschaft und wir sorgen für mehr Rechtssicherheit bei der Abgrenzung von Werkverträgen. So dürfen z.B. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht mehr als Streikbrecherinnen und Streikbrecher eingesetzt werden. Damit schützen wir das Streikrecht aller!

Ist es jedoch auch festzustellen, dass wir aufgrund der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag weiterführende Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher nicht umsetzen konnten.

Aus diesem Grund ist das Zentrale Ziel der SPD Hessen-Süd die Durchsetzung der Forderung „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.

Um den Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträge und Gestellungsverträge einzudämmen und Gute Arbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Löhne durchzusetzen, fordert der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd:

Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung:

Das Betriebsverfassungsgesetz muss möglichst rasch dahin gehend geändert werden, dass der Arbeitgeber den Betriebsrat vor dem Einsatz von Leih- und Werksvertragsfirmen über den geplanten Einsatz, Umfang und Dauer der Beschäftigung sowie über die Auswirkungen auf die Stammbesetzung vollumfänglich informieren muss.

Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung:

Die betriebliche Interessenvertretung muss das Recht erhalten, die Beauftragung von Fremdfirmen – Leiharbeit und Werkverträge - auf dem Werksgelände zu verweigern, wenn die Interessen der eigenen Belegschaft unmittelbar berührt sind, beispielsweise wenn die Besorgnis besteht, dass durch die Vergabe ein Arbeitsplatzabbau und Entlassungen drohen oder Lohnstandards unterlaufen werden.

Beweislast anders verteilen:

Die Darlegungs- und Beweislast liegt nach der gegenwärtigen Rechtslage bei den Arbeitnehmer/innen, die geltend machen müssen, dass ein Missbrauch von Leiharbeit

und Werkvertrag vorliegt. Die SPD-Hessen-Süd fordert, dass bei einer glaubhaften Darlegung von Missbrauch die Beweislast auf den Arbeitgeber übergeht, der nachweisen muss, dass er sich rechtskonform verhält.

Verbandsklagerecht, Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen:

Es muss für die im Betrieb vertretene Gewerkschaft ein Verbandsklagerecht gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geben. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die Zollfahndung und die Sozialversicherungsträger müssen personell deutlich verstärkt und in die Lage versetzt werden, beim Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen rasch und wirkungsvoll einschreiten zu können. Dazu gehört auch eine wirksame Überprüfbarkeit von angeblichen Leiharbeits- und Werkverträgen. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss in jedem Einzelfall mit einer Geldbuße von 500.000 Euro und dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, im Wiederholungsfall mit Gefängnis bestraft werden.

Rechtsfolge: Bei nachweislichem Missbrauch entsteht ein reguläres Arbeitsverhältnis

Wenn festgestellt wird, dass ein missbräuchlicher Leiharbeits- oder Werkvertrag vorliegt, muss dies zur Folge haben, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Auftraggeber und dem Beschäftigten entsteht. Das wiederum hat zur Folge, dass rückwirkend das entsprechende Entgelt inklusive der Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber nachentrichtet werden muss.

Ausländische Arbeitnehmer/innen besser schützen:

Der grenzüberschreitende Arbeitskräfteeinsatz ist besonders missbrauchsanfällig und schwer zu überwachen. Hier muss die Europäische Union ihr Regelwerk für grenzüberschreitenden Arbeitseinsatz verbessern, Kontrollen erleichtern und fälschungssichere Bescheinigungen einführen, es müssen schriftliche Lohnabrechnungen vorgelegt und Löhne ausschließlich bargeldlos ausgezahlt werden, der Krankenversicherungsschutz muss gewährleistet und nachgewiesen werden. Mobile Arbeitnehmer/innen benötigen Anlauf- und Beratungsstellen, die sie bei Problemen wirkungsvoll unterstützen.

C 15

Keine Ausnahmen vom Mindestlohn

Der Mindestlohn ist ein großer Erfolg der SPD in der großen Koalition. Wir unterstützen, dass es auch zukünftig keine Ausnahmen beim Mindestlohn bei Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Jugendlichen gibt.

C 17

Meister-BAföG soll erhöht werden

Die SPD setzt sich für eine zügige Zustimmung des Bundesrats zu der Gesetzesnovelle ein, dass ab 1. August 2016 das im allgemeinen Meister-BAföG genannte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) erhöht und alle Begünstigten

gleiche finanzielle Leistungen erhalten, wie der Bundestag am 26.2.2016 beschlossen hat.

C 18

Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf

Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, sich für eine klare und konsequente Lösung für den zusätzlichen finanziellen Bedarf von Kindern getrennt lebender Eltern einzusetzen.

Wir fordern einen Anspruch auf Mehrbedarf im Rahmen des SGB II für sogenannte temporäre Bedarfsgemeinschaften ohne Kürzung des Sozialgeldanspruchs im Haushalt des alleinerziehenden Elternteils. Zur Umsetzung dessen fordern wir eine gesetzliche Verankerung eines Umgangsmehrbedarfs zur Sicherstellung des Kindeswohls und Existenzsicherung des Kindes und des alleinerziehenden Elternteils.

C 20

Fortschritt und Gerechtigkeit

Folgende Forderungen sind politisch zu unterstützen:

1. Die Bereitstellung und Förderung von Venture Capital zum Beispiel durch die Europäische Entwicklungsbank (EIB) oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
2. Einen Zugang zur sozialstaatlichen Leistungen für Selbständige und Start-Up Gründern
3. Einen Barrierefreien Zugang zu digitalen Technologien für die gesamte Bevölkerung
4. Die öffentliche Förderung von Innovationsclustern und sog. academic Start-Ups (Unternehmensneugründungen im Kontext staatlicher Forschungseinrichtungen)
5. Eine Reformierung des nationalen Insolvenzrechts mit dem Ziel, die Kosten einer Privatinsolvenz zu reduzieren und die Schaffung einer Kultur der zweiten Chance
6. Die digitale Öffnung des gemeinsamen Europäischen Marktes und die Schaffung des digitalen Binnenmarktes innerhalb der EU.
7. Die Schaffung staatlicher Start-Up-Zentren mit dem Ziel Unternehmensgründungen Raum für die Arbeit und die Möglichkeit einer Vernetzung zu verschaffen.
8. Die Öffnung des Arbeitsmarktes für junge Migranten mit dem Ziel den deutschen Arbeitsmarkt zu internationalisieren. Ziel muss es sein, Deutschland als attraktives Einwanderungsland neben Kanada, den USA und Australien zu etablieren.

IC 1

Resolution: Solidarität mit dem Widerstand gegen die Arbeitsmarktreform in Frankreich

Seit mehreren Wochen streiken und demonstrieren Beschäftigte aus Frankreich gegen die geplante Arbeitsmarktreform der französischen Regierung. Das Gesetz soll vorbei am Parlament und trotz Widerstand vieler PS Abgeordneter durchgebracht werden. Jedoch streiken nicht nur die Betroffenen - es hat sich ein gesellschaftliches Bündnis geformt, das vor allem von jüngeren Menschen unterstützt wird. Die Beteiligten bei den sogenannten „Aktionstagen“ haben sich seit der EM noch einmal erhöht – mittlerweile sind mehre Millionen Menschen auf der Straße. Doch in Deutschland äußert sich die Politik nicht dazu.

Das entsprechende Gesetz (Loi Travail) soll laut der Regierung die Sicherung von Arbeitsplätze garantieren und Wachstum schaffen. Die Wahrheit ist, dass diese neoliberale Reform die Arbeitsbedingungen verschlechtern, z.B. den Kündigungsschutz oder die Arbeitszeit und die soziale Absicherung verschlechtern wird. Eine solch verheerende Arbeitsmarktreform haben wir in Deutschland bereits erlebt und die Folgen sind heute immer noch zu spüren: Lohndumping, Willkür bei Befristungen, Missbrauch von atypischer Beschäftigung, Kinderarmut, Altersarmut, Abbau der Tarifbindung, etc. Darüber hinaus gibt es weitere branchenspezifische Maßnahmen, wie z.B. die Privatisierung der Bahn.

Dem europäischen Trend des Abbaus von ArbeitnehmerInnenrechte und sozialer Sicherungssysteme muss ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu bedarf es Solidarität der Organisationen, die den Beschäftigten traditionell nahe stehen. Viele Gewerkschaften in Frankreich tragen diesen Protest mit und suchen die direkte Auseinandersetzung mit der Regierung, auch auf der Straße. Die Gewerkschaften in Europa verbünden sich immer mehr mit den Demonstrierenden und Streikenden in Frankreich. Nun muss die Sozialdemokratie sich Seit‘ an Seit‘ mit den Betroffenen stellen und gegen eine Spaltung der Gesellschaft in Frankreich und Europa kämpfen. Wenn nicht, werden wir nie die Ungleichheit in der Verteilung des Wohlstands, der Vermögen und Gesundheit verringern können. Ohne einen Ausgleich wird zusehends der Staat als Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit seine Handlungsfähigkeit und Kompetenz verlieren. Alternativ werden sich die Menschen, die wir enttäuscht haben, weiter den rechtspopulistischen Parteien anschließen. Die Bedrohung Marie le Pen als Präsidentin wird immer realer.

Als Sozialdemokratische Partei Deutschlands verurteilen wir die Repressionen gegen die Demonstrierenden, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen. Politische Partizipation ist mehr als nur bei den Wahlen ein Kreuz setzen. Wenn Menschen in ihrem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld durch politische Entscheidungen betroffen sind, muss ihnen das Recht auf Partizipation gegeben werden – auch wenn dies auf der Straße stattfindet und wirtschaftlichen Schaden bedeutet. Demokratie braucht soziale Gerechtigkeit und mündige Menschen. Nur mit starken ArbeitnehmerInnenrechte können wir den Zusammenhalt der Gesellschaft und den Europas bewahren.

Antragsgruppe D - Bildungspolitik

D 1

Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien (SeiteneinsteigerInnen)

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, umgehend initiativ zu werden, um die Intensiv- und Integrationsmaßnahmen für Kinder aus Migrantenfamilien in der gebotenen und notwendigen Weise zu beschleunigen, zu vertiefen und zu erweitern.

Es darf keine wochen- und monatelangen Wartezeiten geben, nachdem die Zuweisung an die Kommunen erfolgte, die Erstaufnahmegespräche müssen umgehend erfolgen.

Intensivmaßnahmen müssen an allen Schulformen angesiedelt werden. Ihre Stundenzahlen wird entsprechend der Regelstundenzahl der jeweiligen Schulstufe festgelegt.

Insgesamt müssen die Ressourcen langfristig erhöht und gesichert werden. Dies deshalb, weil die bisher bereitgestellten 800 Lehrerstellen nicht ausreichen werden, notwendige Verstärkungen der Integrationsarbeit sicherzustellen.

Dazu gehören vor allem:

- Erhöhung des Alters für das Schulbesuchsrecht
- Begrenzung der Intensivklassengröße auf 12 Schüler/innen
- Sicherstellung von Nachmittagsangeboten
- Angebot von Sozialarbeit und psychosozialer Betreuung
- Nachförderung und Begleitung nach dem Intensivklassenbesuch in der Regelklasse
- Fortbildung der Lehrkräfte für ihre spezifische Aufgabe
- Deutsch als Zweitsprache verpflichtend in der Ausbildung und als Bestandteil der Fortbildung
- Zusätzliche notwendige Fördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund im ganzen System

Antragsgruppe E – Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik

E 1

Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben

Das Vorhalten einer Infrastruktur zum Abdecken von kollektiven Bedürfnissen der Bevölkerung muss heute und in Zukunft eine öffentliche Aufgabe bleiben. Dazu zählen insbesondere die Versorgung mit Energie, Gas und Wasser, die Entsorgung von Abwasser und Müll, das Vorhalten von Verkehrs- und Kommunikationswegen, insbesondere der Telekommunikation und der Medien, Bildung, innere Sicherheit, das Gesundheitswesen.

Unabhängig von der Organisations- und Rechtsform (z.B. GmbHs im öffentlichen Besitz) dürfen diese Bereiche nicht dem Profitstreben von privaten Unternehmen unterworfen werden. Der Rahmen in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen diese Leistungen angeboten werden muss den öffentlichen Gremien vorbehalten bleiben und darf ausschließlich der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Die zweifellos notwendige Fachlichkeit und die politische Einflussnahme sind kein Widerspruch der zwangsläufig zur Privatisierung führen muss. Die ist viel eher eine Frage der Organisationsform. Nur wenn Betriebe, die die oben genannten Aufgaben erfüllen, in öffentlicher Hand bleiben, ist letztendlich gewährleistet, dass die politische Einflussnahme transparent gegenüber den zuständigen Gremien und somit gegenüber der Bevölkerung bleibt. Diese Notwendigkeit der Transparenz bezieht sich insbesondere auf die Verwendung von Gewinnen bzw. auf die Querfinanzierung von Betrieben mit Verlusten.

Dass öffentliche Betriebe die Finanzierung von Aufgaben übernehmen, die eigentlich zur ureigenen Aufgabe der öffentlichen Haushalte gehören, z.B. Sponsoring von Sport- und Kulturorganisationen ist nur dann zu rechtfertigen, wenn dies in öffentlicher Kontrolle geschieht.

Die Privatisierungen der letzten 25 Jahre sind nach unserer Auffassung eine kalte Enteignung der Bevölkerung und ein Entzug der demokratischen Rechte der Bürgerschaft. Immer größere Bereiche unserer Gesellschaft werden Markgesetzen unterworfen und somit der öffentlichen Diskussion und Entscheidung entzogen.

Die Begründung, dass mit diesen Privatisierungen Konkurrenzsituationen entstehen, die langfristig zu Preissenkungen führen, haben sich als völlig unrealistisch herausgestellt. Bei näherem Hinsehen entpuppten sich diese Fälle alle, wenn überhaupt Preissenkungen entstanden sind, als Einschränkung von Leistungen oder als Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten. Die verschärften Arbeitskämpfe in diesen Bereichen sind nur ein Symbol, die die schlechteren Arbeitsbedingungen und die damit verbundene Unzufriedenheit der Belegschaften dieser Betriebe aufzeigen.

Nach Auffassung der SPD Hessen-Süd hat die öffentliche Hand auch als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Dies wird die SPD, als Vertreter der Betriebs- und Personalräte, von allen Arbeitgebern der öffentlichen Hand, aber insbesondere dort wo Sozialdemokraten in der Verantwortung stehen, auch weiterhin konsequent einfordern.

Gegen die allgemeine Behauptung der neoliberalen Befürworter von Privatisierungen, dass private Unternehmer einen Betrieb besser und wirtschaftlicher führen können als die öffentliche Hand, sprechen insbesondere die Pleiten von Großunternehmen in der letzten 25 Jahren und die von privaten Unternehmen ausgelösten teilweise weltweiten Krisen. Ganz im Gegenteil: Gelöst werden konnten diese Krisen nur durch die Einflussnahme der Staaten und unter Berücksichtigung von Steuergeldern.

Allein die Änderung der Rechtsformen und entsprechender Aufspaltungen (z.B. bei der Deutschen Bahn AG) sind nicht selten mit einer maßlosen Verkomplizierung der Betriebsstrukturen verbunden.

Die SPD Hessen-Süd verlangt deshalb eine Abkehr von dem Weg der weiteren Privatisierungen und eine Rückführung der bereits privatisierten Betrieb in den Bereich der öffentlichen Hand.

Antragsgruppe F – Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

F 1

Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen

I.

Angesichts der weltweiten Flüchtlingskatastrophe bedarf es einer neuen globalen Flüchtlingspolitik.

Griechenland und Italien werden von den europäischen Staaten allein gelassen, in Griechenland herrscht Notstand und in Italien ebenso. Zu viele europäische Partnerstaaten verweigern sich der notwendigen humanitären Solidarität, sie treten damit die europäischen Werte mit Füßen.

Das Abkommen der EU mit der Türkei ist eine weitere Abschottungsmaßnahme der EU.

1. Die SPD im Bundestag soll sich für eine sofortige Überprüfung des EU-Türkei-Abkommens zur Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei einsetzen. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, durch die UNO, den Europarat, unter Umständen auch durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof überprüfen zu lassen, ob das Abkommen mit der europäischen Asylgesetzgebung, mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN- und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag möge unverzüglich eine Anhörung dazu veranstalten. Wenn diese Konventionen und Gesetze verletzt werden, wie der UNO Sonderbeauftragte für Menschenrechte, wie Amnesty International und andere Nichtregierungsorganisationen behaupten, ist das Abkommen zu kündigen.

Solange das Abkommen in Kraft ist, muss sichergestellt werden, dass die Geldflüsse in die Türkei ausschließlich Flüchtlingsprojekten zugute kommen.

Die SPD Hessen Süd fordert die SPD im Bundestag auf:

2. eine Initiative zur humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, die sich bereits in Griechenland und in Italien befinden, zu ergreifen, damit die menschenunwürdigen Verhältnisse in Idomeni, Piräus und auf den griechischen Inseln behoben werden können und in Italien kein unerträglichen Zustände entstehen.

Die SPD muss darauf hinwirken, dass die Flüchtlinge nach dem bisher schon vereinbarten Schlüssel in Europa verteilt werden.

Die Europäische Union muss sich in angemessener Weise an den Resettlement-Abkommen des UNHCR beteiligen, auch Deutschland hat bisher seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt.

3. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik jährlich eine angemessene Anzahl Flüchtlinge im Resettlementverfahren aufnimmt. Zusätzlich soll die SPD auf ein Einwanderungsgesetz bestehen. Dazu müssen in Deutschland die erforderlichen Integrationsmaßnahmen getroffen werden.

4. Die SPD Hessen Süd begrüßt, dass die Hilfsgelder für die Türkei, Jordanien und Libanon aufgestockt werden, um diesen Ländern, die die größte Anzahl an syrischen Flüchtlingen aufgenommen haben, zu entlasten.

Wir fordern die SPD im Bundestag auf, noch wesentlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, damit die Flüchtlinge ordentlich untergebracht, ernährt und medizinisch versorgt werden können. Darüber hinaus muss für Arbeit und Einkommen, für ausreichende Schulbildung und Ausbildung und damit für Lebensperspektiven gesorgt werden. Ohne diese Unterstützung werden sonst erhebliche Konflikte mit neuen Flüchtlingsströmen entstehen.

Die Geldzuweisungen an humanitäre Organisationen wie UNHCR (UN-Flüchtlingsorganisation), World Food Program und Nichtregierungsorganisationen wie Welthungerhilfe, Brot für die Welt und medico international oder Ärzte ohne Grenzen müssen so erhöht werden, dass sie den Anforderungen des humanitären Schutzes genügen. Der Haushalt 2016 der Bundesrepublik muss dem Rechnung tragen, für die Europäische Union ist eventuell ein Nachtragshaushalt nötig.

5. Die SPD Hessen Süd regt an,

dass sich die SPD im Bundestag für eine UN-Resolution zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen weltweit einsetzt, damit alle Staaten Solidarität mit Kriegsflüchtlingen zeigen.

II.

Um Fluchtursachen zu bekämpfen bedarf es einer langfristigen, nachhaltigen Politik. Dazu gehören folgende Elemente:

1. Umsetzung der im September in der UNO beschlossenen Sustainable Development Goals. Diese müssen so umgesetzt werden, dass sie tatsächlich Armut, Ungleichheit, Diskriminierung und mangelnde Perspektiven für die Menschen beseitigen, Umwelt und Klima nachhaltig schützen und Geschlechtergerechtigkeit fördern.

Die Mittel der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen über die bereits beschlossenen begrüßenswerten Erhöhungen hinaus noch weiter aufgestockt werden. Deutschland und die Mitgliedsstaaten der EU müssen insbesondere das (bereits für 2015 zugesagte) Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit (sogenannte ODA-Quote) zur Verfügung zu stellen, schnell verwirklichen. Dabei darf die ODA-Quote nicht durch die Einrechnung der Kosten für Flüchtlingsunterbringung und Betreuung aufgebläht werden. Die ODA-Mittel müssen in den Herkunftsländern dazu verwendet werden, dass die Menschen vor Ort Zukunftsperspektiven erhalten und nicht aus Krieg, Hunger und Armut zur Flucht gezwungen werden.

2. Das globale Handelssystem muss fairer gestaltet werden. Auch alle europäischen Handelsabkommen (Economic Partnership Agreements) müssen revidiert werden, wenn sie insbesondere die Länder Afrikas in ihrer eigenen Entwicklung behindern und vor allem den ungehemmten Export aus europäischen Ländern befördern und in den Partnerländern Wirtschaftsstrukturen zerstören (siehe Export von subventionierten Agrarprodukten). Die anzustrebenden neuen Handelsabkommen müssen den Partnerländern den Aufbau eigener Produktionen durch protektionistische Maßnahmen gestatten, subventionierte europäische Agrarexporte müssen verboten werden.

Investitionen in Drittstaaten müssen in den schwächeren Ländern Arbeitsplätze und Wertschöpfung fördern. In allen Handelsabkommen der Europäischen Union sind zwingend verbindliche menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards wie alle acht ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde- Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.

Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen (Corporate Human Rights Due Diligence), die die UNO beschlossen hat, schnell in einen nationalen Aktionsplan umzusetzen.

3. Alle Maßnahmen der Handelspolitik und der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit müssen darauf überprüft werden, ob sie den Partnerländern schaden.

Überfischung muss besser kontrolliert und geahndet werden, weil dadurch der einheimischen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage entzogen wird.

Landgrabbing (Aufkauf oder Pachtung von Agrarflächen) für den Anbau von Agrarprodukten für das Agrobusiness muss verhindert werden, z.B. durch internationale Abkommen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss gefördert werden, da sonst die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht sichergestellt werden kann.

4. Die Klimakatastrophe muss durch Einhaltung der beschlossenen Werte verhindert werden. Schon jetzt gibt es Flüchtlinge vor Dürre oder Überschwemmungen, bei Nichtstun drohen weitere Flucht- und Migrationsbewegungen.

Ökologische und soziale Fluchtursachen können so eingedämmt werden.

5. Um mehr Gerechtigkeit in der Welt zu ermöglichen, muss international die Steuerpolitik fairer werden, Steueroasen müssen ausgetrocknet und Niedrigsteuereettbewerb abgestellt werden.

Die SPD fordert nach wie vor eine Finanztransaktionssteuer.

Illegale Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern müssen verhindert werden.

6. Um Flucht und Vertreibung zu verhindern bedarf es einer internationalen Anstrengung, um Konflikte zu regeln, Krisen zu bewältigen und Kriege zu vermeiden. Die Stärkung und der Ausbau ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ist dringend erforderlich. Es stehen dafür zahlreiche Organisationen und nationale Instrumente zur Verfügung. UNO, EU, OSZE verfügen jeweils über Krisenpräventionszentren, die in der Lage sind, Konflikte im frühen Stadium zu erkennen. Oft fehlt es aber an politischem Willen, mit diplomatischen oder anderen nicht-militärischen Maßnahmen einzugreifen. Auch die Bundesrepublik hat zahlreiche nationale Instrumente der zivilen Krisenprävention eingerichtet, diese müssen gestärkt und ausgebaut werden. Dies bedeutet auch mehr finanzielle Mittel für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes und des Zentrums für internationale Friedenseinsätze.

7. Waffenexporte sind ein wesentlicher Grund für gewaltsame Auseinandersetzungen. Waffenexporte in Spannungsgebiete sind grundsätzlich zu verbieten, der Endverbleib exportierter Waffen genau zu kontrollieren und Lizenzen an Nicht-NATO- und diesen gleichgestellten Staaten nicht mehr zu vergeben.

8. Deutschland hat zur Zeit den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE befindet sich in einer tiefen Krise.

Die Bundesregierung (und damit besonders der deutsche Außenminister) sind gefordert, den Reformprozess so zu befördern, dass die OSZE wieder zu einer Organisation zur Bewahrung von Frieden und Stabilität und zum Konfliktausgleich werden kann. Ein neuer kalter Krieg und erneutes Wettrüsten müssen verhindert werden. Die Konflikte mit Russland müssen bearbeitet und gemildert werden. Langfristig muss es Initiativen zur Etablierung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur geben.

9. Im Rahmen der UNO ist die Bundesregierung aufgefordert, deren friedensstabilisierende Elemente zu unterstützen und zu stärken, insbesondere die

Funktionsfähigkeit der Blauhelmissionen. Die Generalversammlung der UNO hat mehrere völkerrechtlich bedeutende Berichte beschlossen, die zu verbindlichen Völkerrecht weiterentwickelt werden sollten. Die Bundesregierung soll sich bemühen, insbesondere den Grundsatz der Responsibility to Protect, der internationalen Schutzverantwortung, zu stärken. Damit könnte ein frühes diplomatisches Eingreifen der internationalen Völkergemeinschaft in krisenhafte Entwicklungen legitimiert werden.

Den syrischen Bürgerkrieg zu beenden ist eine der wichtigsten Aufgaben der Völkergemeinschaft, um das Flüchtlingselend der Syrer zu stoppen.

Die SPD Hessen Süd dankt insbesondere dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier für seinen unermüdlichen Einsatz für die Friedensgespräche in Genf.

Antragsgruppe G – Europa

G 1

Europa neu ausrichten

Demokratie stärken, Asyl- und Flüchtlingspolitik human gestalten, Wachstum fördern, Finanzmärkte weiter regulieren

1. Wo Europa steht

Wir dürfen nicht zulassen, dass Europas Errungenschaften klein geredet werden

Was die Europäische Union in den vergangenen Jahrzehnten für unseren Kontinent erreicht hat, sucht in der Geschichte seinesgleichen. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, die Schaffung der Montanunion, die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes, die Demokratisierung Südeuropas, die friedvolle Einbindung des ehemals kommunistischen Osteuropas und über 70 Jahre Frieden: Ohne die EU wäre die Bewältigung dieser politischen Mammutaufgaben undenkbar. Dabei ist sie mit einem rasanten wirtschaftlichen Aufstieg Europas einhergegangen. Trotz aller sozialen Unterschiede, die es gibt – die Menschen in Europa haben heute ein Wohlstandsniveau erreicht, von dem die Generation unserer Großeltern beziehungsweise Eltern nicht zu träumen gewagt hätte.

Europas Werte stemmen sich gegen Willkür und Unterdrückung

Die Erfolge Europas basieren auf seinem Wertesystem, dessen Entstehung ganz wesentlich auf das Wirken der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Gewerkschaftsbewegung zurückführbar ist: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Pluralismus und Solidarität sind die Eckpfeiler unserer Freiheit welche Ausdruck unserer Selbstbehauptung gegen Willkür und Unterdrückung ist. Bestrebungen die Unabhängigkeit von Justiz und Medien anzutasten oder Minderheiten auszugrenzen zeigen, dass diese Freiheit keine Selbstverständlichkeit in Europa ist, sondern Tag für Tag aufs Neue erkämpft werden muss.

Das europäische Gesellschaftsmodell ist einzigartig in der Welt

Dieser Kampf lohnt sich. Dabei ist das Streben nach einer Balance zwischen politischem, sozialem, wirtschaftlichem und ökologischem Fortschritt, der das europäische Gesellschaftsmodell in der Welt so einzigartig macht. In unserem Modell steht der Mensch im Mittelpunkt; er muss sich anders als im turbo-kapitalistischen System keinem ökonomischen Zwang unterordnen und anders als in autoritären Systemen keiner staatlicher Gängelung unterwerfen.

Menschen wenden sich nicht von Europa ab, sondern haben die konservative Politik satt

Doch dieses Selbstverständnis hat in der jüngeren Vergangenheit Risse erhalten. Die von Merkel und Sarkozy verordnete Austeritätspolitik hat zu einer Entsolidarisierung auf unserem Kontinent geführt und bedeutet für Millionen von Europäerinnen und Europäern sozialen und wirtschaftlichen Rückschritt. Und: Diese katastrophale Politik von Europas Konservativen bringt die Menschen gegeneinander auf. Die Bürgerinnen und Bürger in den finanzschwachen Ländern fühlen sich bevormundet, während jene in den Geberländern sich über Gebühr in Anspruch genommen fühlen.

Brexit: Wir stehen an der Seite derer, die für Europa streiten

Diese Reflexe finden sich auch in den Debatten rund um den Brexit wieder. Klar: Rechtspopulisten und konservative Hardliner wittern ihre Chance. Doch sehr viele Menschen, die mit einem Ja zum Brexit liebäugeln, wenden sich im Kern nicht von Brüssel, sondern vielmehr von London und Berlin ab. Sie sind unzufrieden mit einer verfehlten und unsozialen Politik. Das glasklare Bekenntnis der britischen Gewerkschaftsbewegung zu Europa und ihre Kampagne gegen den Brexit zeigen indes, was Europa, sozial gestaltet, bieten kann: Den transnationalen Rahmen für eine arbeitnehmerorientierte Politik. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Großbritannien weiterhin Teil der Europäischen Union bleibt: Der Kontinent braucht die Insel und die Insel braucht den Kontinent. Daher hoffen wir, dass die Menschen in Großbritannien beim Referendum am 23. Juni für einen Verbleib ihres Landes in der EU stimmen werden.

Mehr Mut für Europa muss die Antwort sein

Trotz aller Widrigkeiten, mit denen Europa konfrontiert ist: Der Rückwärtsgang in den Nationalstaat kann in einer globalisierten Welt keine Option für Europas Länder sein. Daher muss die europäische Integration weiter vorangetrieben werden. Voraussetzung hierfür ist die Akzeptanz durch die Menschen. Diese kann nur gewonnen werden, wenn die Europäische Union demokratischer und transparenter wird. Denn nur eine stärkere Einbindung der Menschen in die europäische Politik kann eine neue Begeisterung für die europäische Idee entstehen lassen und helfen, aus der derzeitigen Zerreißprobe gestärkt hervorzugehen.

Menschen wollen mehr Europa

Bei dem Versuch, faire und humane Lösungen für die - vor allem sich in der zweiten Jahreshälfte 2015 zuspitzenden Situation – angespannte Lage von Flüchtlingen zu finden, haben sich einige Staaten einer gemeinsamen Politik verweigert. Vielmehr sind die jeweiligen Regierungen in nationalstaatliche Reflexe verfallen. Bei einigen Mitgliedstaaten äußert sich das in einem drastischen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik; in anderen Ländern hingegen in einer von Anfang an den Tag gelegten Weigerungshaltung.

Beide Haltungen sind nicht zuletzt auch das Ergebnis politischen Druckes, der sich europaweit in Erfolgen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zeigt. Diese Entwicklung ist leider nicht neu, doch sie verschärft sich im Zuge der flüchtlingspolitischen Debatte. Ein Trend ist dabei immer klar erkennbar: Besagte Parteien suggerieren, dass die Probleme unserer Zeit durch nationale Abschottung lösbar seien.

Doch dabei verkennen sie, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen durchaus ein Mehr an Europa möchte – nämlich in jenen Bereichen, wo es Sinn macht und vor allem demokratische Legitimation besteht. Die Menschen spüren, dass gerade in einer immer komplexer werdenden und sich globalisierenden Welt Europas Bedeutung zunehmen muss.

Globale Fragen erfordern europäische Antworten

Europas Gesellschaftsmodell, das auf den Säulen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Marktwirtschaft, Pluralismus und Zusammenarbeit beruht, hat nichts von seiner Wichtigkeit oder Attraktivität eingebüßt. Daher darf die Debatte über Europas Zukunft nicht entlang der Frage rückwärts ins nationalstaatliche Klein-Klein sondern weiter vorwärts im europäischen Miteinander geführt werden. Denn am Miteinander darf kein Weg vorbei führen. Wir müssen vielmehr darum streiten, wie wir das Miteinander gestalten.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei klar, dass Europa all jene Themen angehen muss, die vor nationalen Grenzen keinen Halt machen. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik ist ein akutes Beispiel hierfür. Doch der Skandal um die so genannten Panama-Papers, die zwischenzeitlich wieder auf schwelende Krise in Griechenland oder die weiterhin in weiten Teilen Europas bestehenden Ungleichgewichte und Probleme in der wirtschaftlichen Aufstellung zeigen, dass es derzeit eine Reihe von Projekten gibt, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Das kann nur dann gelingen, wenn die entsprechende Akzeptanz durch die Menschen gegeben ist. Auch deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Demokratisierung und Stärkung der EU.

2. Asyl und Migration menschlich gerecht und europäisch gestalten

Grundrecht auf Asyl

Das Recht auf Asyl und damit verbunden das Recht auf ein faires Asylverfahren dürfen nicht aufgrund der Kassenlage oder politischer Opportunität relativiert werden. Deshalb müssen menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren überall in der EU selbstverständlich sein: Wir brauchen angemessene Standards für die Unterbringung, Versorgung und die Integration von Asylsuchenden in ganz Europa. Zwar gelten seit einiger Zeit neue Regelungen für Aufnahmebedingungen und bei Asylverfahren; die nicht zuletzt durch den engagierten Einsatz der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament verabschiedet worden sind; doch deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten verläuft sehr schleppend. Wir fordern daher die Mitgliedstaaten, entsprechende EU-Vorgaben endlich zu erfüllen.

Sichere Wege ausbauen

Wir brauchen legale und sichere Wege nach Europa, um Elend oder gar Tod auf den Fluchtrouten ein Ende zu machen und Schlepperbanden die Grundlage für ihr kriminelles Treiben zu entziehen. Dazu gehört eine bessere Zusammenarbeit unter Federführung der EU mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Bereits dort muss Asylsuchenden eine Verfahrensberatung angeboten werden. Dazu müssen regionale Aufnahmezentren geschaffen werden, welche für Menschen mit einer Anerkennungsperspektive einen sicheren Weg nach Europa ebnen können. Menschen ohne Perspektive hätten hingegen eine breitere Informationsbasis, auf deren Grundlage sie ihre Entscheidung hinsichtlich eines Aufbruchs nach Europa treffen können. In diesem Zusammenhang müssen auch die Schaffung von Botschaftsverfahren oder die flexiblere Gewährung von Visa diskutiert werden.

Mit Blick auf besonders verletzbare Flüchtlinge muss Europa in Zusammenarbeit mit dem UNHCR ein verbindliches Resettlement-Programm unter Koordinierung der Europäischen Kommission auflegen. Das Programm sollte die Mitgliedstaaten anhand bestimmter Kriterien wie Wirtschaftskraft und Größe miteinbeziehen und mit Blick auf seine Umsetzung vom Europäischen Parlament begleitet werden.

Nicht zuletzt auch Angesichts der Herausforderungen durch Fachkräftemangel und den demographischen Wandel darf sich Europa einer Politik zur Koordination von legaler Zuwanderung nicht verschließen. Solche Maßnahmen sollen über bestehende Angebote wie die Blaue Karte EU für Hochqualifizierte und die Saisonarbeiterrichtlinie hinausgehen. Ein modernes Europa braucht eine zukunftsorientierte Zuwanderungspolitik.

Faire Verteilung und Einrichtung von Hotspots

Die Zuwanderung von Asylsuchenden nach Europa wird mittel- und langfristig nicht abnehmen. Auch deshalb brauchen wir eine Debatte über mehr Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, wenn es um die Aufnahme von Asylsuchenden geht. Die Regelungen der Dublin-III-Verordnung, wonach die Einreisestaaten zuständig für die Asylverfahren sind, widerspricht diesem Geist und wird auch seit Sommer 2015 defakto nicht mehr angewendet. Wir brauchen vielmehr einen festen Verteilungsmechanismus, der auf Basis sozio-ökonomischer Kriterien Aufnahmekontingente je Mitglied festlegt und auch nach Wunsch der Geflüchteten im Hinblick auf z.B. Familienzusammenführung, Sprache oder Arbeitsplatz angewendet wird. Die Erfahrungen mit dem bisherigen Versuch der Verteilung von Flüchtlingen zeigt, wie wichtig es ist, dass so ein Verteilungsmechanismus verbindlich und auf Grundlage der EU-Gesetzgebung erfolgen sollte. Zwischenstaatliche, hemdsärmelige Lösungen verlieren sich allzu oft im Klein-Klein; Hinterzimmer-Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs können keine verbindlichen Prozesse und Regelungen ersetzen.

Die Schaffung von einem gerechten Verteilungsmechanismus muss durch die Einrichtung von Hotspots begleitet werden: Die Staaten an den europäischen Außengrenzen müssen durch diese entlastet werden. Hier muss der Ausbau von Hotspots zur Registrierung, Versorgung und Umsiedlung von Asylsuchenden in den Grenzstaaten entschieden vorangetrieben werden. Diese Hotspots dürfen nicht für illegale Pushbacks oder Abschiebungen ohne faires Asylverfahren missbraucht werden. Auch ist eine gemeinsame europäische Grenzsicherung notwendig; einzelne Staaten, die europäische Unterstützung haben wollen, dürfen nicht alleine gelassen werden.

Flüchtlinge auch außerhalb Europas schützen und Fluchtursachen bekämpfen

Eine europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auch die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessern und Fluchtursachen beseitigen helfen. Deshalb muss Europas Entwicklungs- und Handelspolitik darauf ausgerichtet sein, Armut zu bekämpfen, Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren, wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen, Perspektiven zu eröffnen und Demokratie sowie Rechtstaatlichkeit zu stärken. Das ist notwendige Bedingung dafür, um Fluchtursachen mittel- und langfristig abzubauen oder gar zu beseitigen.

Kurzfristig hingegen müssen Europas Staaten endlich aktiv werden, um die Lebenssituation der Flüchtlinge vor Ort spürbar zu verbessern. Viele Flüchtlinge bleiben meist in der Nähe der Länder aus denen sie fliehen. Leider ist aktuell die Versorgung in Camps vieler Nachbarländer nicht gesichert. Es fehlt an Unterbringungsmöglichkeiten, Nahrung, Schulbildung und anderen lebenswichtigen Grundlagen in den Camps. Eine Ursache hierfür: Das Budget des World-Food-Programms sowie des UN-Flüchtlingswerks wurden über Jahre hinweg gekürzt und zugesagte Beiträge nicht gezahlt. Wir fordern daher die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten dazu auf, finanzielle Mittel, die die Lebensbedingungen der Flüchtlinge vor Ort verbessern helfen, endlich zu leisten beziehungsweise aufzustocken.

Natürlich können nicht alle Fluchtursachen von Europa verhindert und beseitigt werden, dennoch müssen die europäischen handels-, außen- und entwicklungspolitischen Maßnahmen kritisch hinsichtlich ihrer Auswirkungen überprüft werden. Die Fluchtursachen an der Wurzel packen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen umfasst eben nicht nur die Beendigung von Krieg und politischen Konflikten, sondern eben auch die lebenssichernde Versorgung vor Ort. Hier müssen insbesondere die Mitgliedsstaaten ihren Zusagen nachkommen.

3. Europäische Finanzmarkt- und Steuerpolitik weiter vorantreiben

Die Enthüllungen um die so genannten Panama-Papers haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie dringend notwendig eine grenzüberschreitende Regulierung des Finanzsektors ist. Gerade dann, wenn auf Profitmaximierung ausgerichtete, hochkomplexe und globale Finanzmarktgeschäfte auf eine unzureichende steuerpolitische Regulierung treffen, sind Steuervermeidung und Steuerkriminalität Tür und Tor geöffnet.

Umso dringender ist eine Europäisierung und Demokratisierung unserer Steuerpolitik. Das hat auch die politische Praxis der jüngeren Vergangenheit gezeigt, als es um die Re-Regulierung oder Regulierung der Finanzmärkte im Zuge der Weltfinanzkrise von 2007/08 ging. Zwar hat die Europäische Union in Sachen Finanzmarktregulierung insbesondere auf Druck der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament teils erhebliche Fortschritte gemacht. Dazu gehören das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und ungedeckter Kreditausfallversicherungen, die Begrenzung des außerbörslichen Derivatehandels, die Deckelung von Bankerboni, strengere Eigenkapitalforderungen gegenüber Banken, die Grundsteinlegung für die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Doch gerade bei Reformprojekten, die einen steuerpolitischen Hebel gebraucht hätten, scheiterten progressive Ansätze entweder an den politischen Mehrheitsverhältnissen oder an der rechtlichen Struktur Europas, innerhalb dessen die Steuergesetzgebung nahe ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten ist.

Wenn wir jedoch dem Treiben illegaler oder asozialer Finanzgeschäfte ein Ende setzen und Steueroasen konsequent trocken legen wollen, müssen wir Europas Steuerpolitik neu ausrichten. Dazu gehört:

- Die EU benötigt die Kompetenz auch im Bereich der Steuergesetzgebung. Insbesondere Mindestsätze für die Unternehmensbesteuerungen und Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen müssen hierrüber festgeschrieben werden und gleichzeitig müssen Begünstigungen für besondere Einkunftsarten, wie zum Beispiel Lizenzen oder Patente, abgeschafft werden.
- Der Grundsatz der Versteuerung der Gewinne am Leistungsort muss ferner ein Grundsatz der europäischen Steuerpolitik sein.
- Einheitliche Regeln brauchen einheitliche Sanktionen, daher müssen Steuervergehen in allen Mitgliedstaaten einheitlich geahndet werden.
- Die Europäische Kommission muss die Kompetenz erhalten, die Arbeit der nationalen Steuerbehörden koordinieren zu können.
- Anonyme Finanzgeschäfte müssen verboten werden, daher müssen bei allen Zahlungsverkehren der Kontoinhaber und der wirtschaftliche Berechtigte feststellbar sein.

4. Europas Wirtschaftspolitik

Gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln

Europa ist nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise und den derzeitigen Herausforderungen in einer schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation. Das erfordert ein verstärktes, gemeinsames pro-europäisches wirtschaftspolitisches Handeln aller Mitgliedsstaaten, mit dem Ziel, die nationalen Haushalte zu konsolidieren, aber gleichzeitig Wachstumsimpulse für die europäischen Volkswirtschaften zu geben.

Dazu gehört auch, wirtschaftlich schwächeren, Mitgliedsstaaten unter die Arme zu greifen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten wirkt sich in den einzelnen Staaten unterschiedlich aus. Während einige kaum haushaltspolitische Probleme haben, sind andere Staaten massiv eingeschränkt, bis hin zur Gefährdung ihres Verbleibs in der EU. So mussten die Krisenländer bereits erhebliche Sparmaßnahmen zu Lasten ihres Wirtschaftswachstums umsetzen. Das bringt sie in eine extreme Abhängigkeit internationaler Finanzmärkte. Europa muss daher über gemeinschaftliche Lösungen wie beispielsweise die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds für die Verschuldungsproblematik nachdenken. Die Finanzierung dieses Fonds muss sowohl vom EU-Haushalt als auch durch die Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit erfolgen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss zugleich konsequent angewendet werden, um einer unwirtschaftlichen Neuverschuldung der Mitgliedsstaaten Grenzen zu setzen. Allerdings darf er dabei notwendige Wachstumsimpulse nicht beschränken; nicht zuletzt aus diesem Grund fordern wir eine weitere Demokratisierung des Pakts: Seine Ausgestaltung und Umsetzung muss unter Beteiligung des Europäischen Parlaments erfolgen.

Langfristig muss es in Europa eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben, die die Unterschiede in den Bilanzen zwischen den Defizit- und Überschussländern koordiniert. Dazu muss es zwingend soziale und ökologische Mindeststandards in Bildung, Löhnen und Sozialversicherung geben. Gute Arbeit und Löhne, starke Sozialsysteme und gestärkte Staatsfinanzen sorgen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung und damit stabile Finanzen.

Mehr Investitionen mit langfristiger Perspektive

Ein europaweites Investitionsprogramm kann zusätzliche neue Impulse für Wachstum und eine nachhaltige Politik setzen. Dabei sollte der Infrastruktur und der innovativen und erneuerbaren Energiepolitik und nicht der Atomkraft eine Schlüsselrolle zukommen, wie es beispielsweise der Marshallplan des DGB für Europa vorsieht. Doch leider sah und sieht die Wirklichkeit in den vergangenen Jahren anders aus: Investitionen als Mittel einer intelligenten Wirtschaftspolitik suchte man vergeblich. Kriselnde Staaten sollten allein mit drastischen Budgetkürzungen ihren Haushalt wieder in Ordnung bringen. Dabei wurden bedenkliche Trends, wie niedrige Investitionen in neue Produktionsanlagen, in Infrastruktur oder Kommunikation verstärkt, wo eine Umkehr nötig gewesen wäre. Bis heute hat die Industrieproduktion in der EU nicht einmal mehr das Niveau von 2009 erreicht. Der Investitionsbedarf in den Bereichen Energieeffizienz, Breitband und Transportinfrastruktur liegt innerhalb der EU bei 200 Milliarden Euro jährlich. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn der Erfolg Europas war immer eng damit verbunden, dass wir eine Vorreiterrolle eingenommen haben - zum Beispiel in der Ausbildung, bei Forschung und industrieller Entwicklung. Deshalb fordern wir, dass die Investitionslücke gestopft wird. Zu diesem Zweck haben das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen geschaffen, der innerhalb von drei Jahren 315 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen ermöglichen soll.

Der Fonds kann ein erster Schritt auf dem Weg zu einer langfristig angelegten Investitionsstrategie für Europa sein. Nach langem Ringen ist es dabei insbesondere uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelungen, den Fonds so auszugestalten, dass er in Zukunftsprojekte investieren kann. Derartige Projekte, die einen unmittelbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen haben, deren betriebswirtschaftlicher Gewinn sich aber womöglich erst auf mittlere Sicht einstellt, sind heute vielfach unterfinanziert und können daher nicht realisiert werden. Perspektivisch muss der Investitionsfonds zu einem dauerhaften Instrument

ausgeweitet werden, der die einseitig auf Konsolidierung fixierte wirtschaftspolitische Strategie der EU um strategische Investitionen erweitert.

Wir fordern daher eine echte und ausgewogene Wirtschaftspolitik statt einseitiger Spardiktate. Den Mittelpunkt muss eine neue Etappe von Strukturreformen bilden, die auf wachstumsfördernden, ökologisch und sozial ausgewogenen Initiativen fußt. Hierzu zählen Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung und Weiterbildung, Gesundheit und Kinderbetreuung, aber auch Strategien für innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Dies wird die Widerstandsfähigkeit und das Wachstumspotential der Wirtschaft nachhaltig stärken.

Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit

Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise Europas ist auch eine soziale Krise geworden. Die Schere zwischen Arm und Reich driftet weiter auseinander. Arbeitslosigkeit und Armut betreffen alle Mitgliedsstaaten, insbesondere Europas Jugend. Europas Politik muss einen Beitrag dazu leisten, den Menschen die Angst um ihre Zukunft, ihren Lebensunterhalt und ihre Altersvorsorge zu nehmen.

Für Europas Jugend brauchen wir ein Zukunftsprogramm für Jugendbeschäftigung und eine Ausbildungsgarantie. Wir dürfen diese jungen Menschen nicht in Zukunftsangst lassen und sie so in die Arme rechtspopulistischer Bewegungen treiben. Die Zukunft Europas braucht die heutige Jugend. Wir brauchen in Europa nicht weniger als die beste Bildung für alle Jugendlichen. Dazu kann unser duales Ausbildungssystem, das weltweit Anerkennung findet, über Deutschland hinaus seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Hier muss die deutsche Sozialdemokratie auf europäischer Ebene Hilfe anbieten, um dieses System, wenn es vor Ort gewünscht wird, auf andere europäische Länder zu übertragen.

Wir stehen für eine konsequente Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Die Jugendarbeitslosigkeit muss stärker bekämpft werden.

Europa muss verstärkt die europäische Idee hervorheben. Es darf sich von Rechtspopulisten nicht spalten lassen. Europa muss deshalb spürbar Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Wir brauchen ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa, das sich auf die sozialdemokratischen Werte beruft, mit dem Ziel die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen zu verbessern. Dazu gehören nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch Arbeitsmarktintegration und Partizipation der Beschäftigten.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass auch benachteiligte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden und dies nicht nur ein ethisches Lippenbekenntnis bleibt. Hier sind auf EU-Ebene gleiche Rahmenbedingungen für alle Menschen zu schaffen, um so viele erwerbsfähige Menschen wie möglich, auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir brauchen auf europäischer Ebene mehr Mitbestimmung und verbindliche Standards, wie einen Beschäftigtendatenschutz, aber auch den Ausbau (statt des Abbaus) sozialer Errungenschaften wie Mitbestimmungsrechte und Partizipation für Arbeitnehmer.

5. Europas Demokratie stärken

Viele Menschen sind über den Zustand Europas verunsichert. Dieser Umstand wird leider auch durch das Versagen einer perspektiv- und mutlosen Politik verstärkt, die

statt auf europäische Lösungen zu setzen sich im Klein-Klein verliert und Entscheidungen am Verlauf der Umfragebarometer ausrichtet. Die Folge dieses Versagens ist nicht nur eine Führungskrise, sondern auch ein Widererstarken nationaler Ressentiments sowie die Zunahme antieuropäischer, populistischer Stimmungen. Diese Politik stellt dabei die Verhältnisse von den Füßen auf den Kopf: Denn im Kern ist nicht zu viel, sondern zu wenig Europa das Problem. Die Menschen wenden sich daher nicht ab, weil sie unzufrieden mit Europa sind. Sie wenden sich ab, weil die Regierungen keine Antworten auf Europas Herausforderungen geben.

Der Kern des Problems: Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, eine parlamentarische Kontrolle oder eine öffentliche Debatte, in der die Regierungspolitiker für ihre Entscheidungen gerade stehen müssen, findet nicht statt. Um gegensteuern und diese Entwicklung umkehren zu können, muss in Europa ein Demokratisierungs- und Parlamentarisierungsprozess eingeleitet werden. Die Entscheidungsstrukturen Europas müssen daher transparenter und demokratischer gestaltet werden.

Unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten ist eine Neuausrichtung der EU dringend erforderlich: Das Europäische Parlament, als einzige direkt von der Bevölkerung gewählte Institution, muss volle Mitentscheidungsbefugnisse sowie ein Initiativrecht erhalten. Darüber hinaus muss die Europäische Kommission durch das Parlament gewählt werden. Unter den vorgenannten Bedingungen kann sie Stück für Stück zu einer politischen Regierung Europas werden. Die von den sozialdemokratischen Parteien vorangetriebene Idee eines Spitzenkandidaten bei der Europawahl 2014 war ein erster Schritt dahin. Versuche der nationalen Regierungen dies wieder abzuschaffen, lehnen wir ab. Gleichzeitig müssen die Beteiligungsrechte nationaler Parlamente im Rahmen des Subsidiaritätsverfahrens gestärkt und vertieft werden. Das Europäische Bürgerbegehren, welches heute schon Realität ist, muss mit Blick auf seine Verpflichtungselemente gegenüber der Kommission dringend verbindlicher ausgestaltet werden. Zudem müssen die Regierungen Europas endlich ihre Türen öffnen: Die Sitzungen des Ministerrates und die EU-Gipfel müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Nur wenn die Menschen darüber mitreden können, wie es mit Europa weiter geht, hat Europa eine Zukunft. Dabei ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, dass demokratische Mitsprache und soziale Teilhabe zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb müssen wir neben einer Demokratisierung Europas auch um seine soziale Neujustierung streiten und die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Europa bekämpfen.

Antragsgruppe H – Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft

I H 1

Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern

Anstatt im Rahmen immer neuer sog. Milchgipfel offenkundige Scheinlösungen pressewirksam als großen Wurf zu verkaufen, fordern wir Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) und die Bundesregierung dazu auf, die Ursachen der Milch-Krise anzugehen und damit endlich eine dauerhafte Problemlösung zu ermöglichen.

Die beim Milchgipfel vorgestellten Maßnahmen zur weiteren Bezuschussung der Unfallversicherung, der Installierung eines Bürgschaftsprogramms und Möglichkeiten zur Steuerglättung für die Milchbauern sind nicht ausreichend. Die Instrumente sind ungeeignet die Krise auf dem Milchmarkt zu beenden, die zu einer Vernichtung von Einkommen und Existenzen der Milchviehalter in Deutschland führen.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft muss dafür sorgen, dass die Beschlüsse der Frühjahrskonferenz der Agrarminister aus Göhren-Lebbin umgehend und umfassend auf nationaler und europäischer Ebene umgesetzt werden. Dadurch sollen die Marktbeteiligten die Möglichkeit erhalten, die Milchmenge eigenverantwortlich zu reduzieren. Unterstützt werden soll dies mit staatlichen Bonuszahlungen.

Der Bund wird aufgefordert, die Finanzmittel dafür bereitzustellen bzw. diese auf EU-Ebene einzuwerben. Auch eine entschädigungslose Mengenreduzierung nach Artikel 221 GMO (EU-Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation) mit staatlichen Sanktionen soll folgen, wenn diese freiwilligen Maßnahmen keine spürbare Marktentlastung bringen.

Es muss gelingen, die Milchmengen auf der Ebene der Europäischen Union zu reduzieren, damit sich der Markt erholen kann und die Erzeugerpreise auf ein angemessenes Niveau ansteigen können. Dazu sehen wir die Notwendigkeit europäischer Lösungen, denn nur diese versprechen die nötige globale Wirkung.

Oberste Priorität muss die Verbesserung der Liquidität der Betriebe haben. Diese ist nur über einen Anstieg des Milchpreises möglich. Genau hier muss angesetzt werden.

Als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Milchmarktes fordern wir von Bundesminister Christian Schmidt (CSU):

- sich in Brüssel für ein europäisches Anreizprogramm zur zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung einzusetzen.
- sich dafür einzusetzen, dass dies mit einer zeitlich befristeten Deckelung der EU-Milchproduktion verbunden wird. Die rechtliche Grundlage dafür ist in Artikel 221 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) schon geschaffen. Damit wird die Marktwirksamkeit der zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung gewährleistet bzw. verstärkt.
- umgehend die rechtlichen und vor allem die organisatorischen Schritte für die Umsetzung einer freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung zu erarbeiten.

I H 2

Kein Stopp der dezentralen Energiewende – Akteursvielfalt erhalten

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die hessische Landesregierung auf, sich in Bundestag und Bundesrat für folgende Änderungen am Gesetzesentwurf der Bundesregierung für ein EEG 2016 einzusetzen:

1. Am wichtigsten ist die Einführung einer Ausnahme von Ausschreibungen für kleine Windparks: Die EU lässt Ausnahmen von Ausschreibungen für kleine Windparks á 6 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 18 M;W zu (sog. De-Minimis-Regelung). Kommunen, Mittelstand und Bürger würden mit dieser Regelung die nötige Luft zum Atmen bekommen, um die preiswerte Windkraft in regional verwurzelten Projekten weiter ausbauen zu können:
2. Selbstverständlich muss die verfassungswidrige 5%-Sonderkürzung der Vergütung von Windenergieanlagen mit einer Genehmigung vor dem 1.1.2017 gestrichen werden. Diese Sonderkürzung verletzt das in das EEG 2014 gesetzte Vertrauen, bis Ende 2016 genehmigte Windenergieanlagen zu den Bedingungen des EEG 2014 errichten zu dürfen.
3. Ein drohendes Netzengpassgebiet Hessen muss im EEG 2016 sicher ausgeschlossen werden. Die Entwicklung der Windkraft steht in Hessen im Vergleich zu anderen Ländern erst am Anfang und begründet keine Netzengpässe.
4. Die Wettbewerbsfähigkeit ordentlicher Binnenlandstandorte ab 60% des Referenzstandorts (nicht erst ab 70%) muss gegenüber Küsten- und anderen Topstandorten gesichert werden.
5. Der durch ein SPD-Mitgliedervotum bestätigte Koalitionsvertrag sieht Ausschreibungen nicht vor 2018 und nur unter bestimmten Bedingungen vor. Wir fordern alle am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf, diese Beschlusslage der SPD und den Koalitionsvertrag zu achten.

Beschlussübersicht

	Antragsgruppe A Organisation – Parteien - Verbände	
A 1	Mehr Gerechtigkeit wagen	Annahme in geänderter Fassung
A 2	Wir wollen Freiheit, Gleichheit, Solidarität: Geschlechtergerechtigkeit jetzt!	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd
A 3	SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit	Annahme in geänderter Fassung
A 4	Antrag zur Urwahl des Parteivorsitzenden	Überweisung an die Organisationskommission des Bezirks Hessen-Süd
A 5	Antrag zur Urwahl des Parteivorsitzenden	Ablehnung
A 6	Abwahantrag zur Abwahl des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel	Ablehnung
A 7	Erstellung einer mitgliederoffenen Datenbank zur Verwaltung von Anträgen und jährlicher Bericht über den Status der Anträge an die jeweiligen Gliederungen	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd
A 8	Behindertengerechter Fahrstuhl im SPD Haus in Frankfurt	Erledigt durch Handeln
A 9	Behindertengerechter Eingang zum SPD-Haus	Erledigt durch Handeln
	Antragsgruppe B Wirtschaft - Finanzen	
B 1	Steuern und Gerechtigkeit	Annahme in geänderter Fassung
B 2	Übermittlung einer gemeinsamen Einkommenssteuererklärung über ELSTER	Annahme
B 3	Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern	Annahme in geänderter Fassung

B 4	Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite	Annahme
B 5	Familiengerechteres Besteuerungssystem	Erledigt durch B 1
	Antragsgruppe C Sozialpolitik	
C 1	Gute und zukunftsfeste Rente solidarisch sichern!	Annahme in geänderter Fassung
C 2	Rente und Gerechtigkeit – Altersarmut geht uns alle an	Erledigt durch C 1
C 3	Sicherung der Altersversorgung	Erledigt durch C 1
C 4	Rentenpolitik	Erledigt durch C 1
C 5	Erziehungsrente	Annahme
C 6	Für eine bessere soziale Absicherung von (Solo-)Selbständigen	Erledigt durch C 1
C 7	Doppelbelastung durch geringfügige Beschäftigung in der Elternzeit gerecht entlohnen	Erledigt durch Regierungshandeln
C 8	Alleinerziehenden kein Geld bei „Vater-Tagen“ abziehen	Erledigt durch C 18
C 9	Schnelle und verstärkte Einstellung ausländischer Jugendlicher	Erledigt durch C 10
C 10	Ausbildung von jungen Flüchtlingen organisieren	Annahme
C 11	Geschlechterspezifische Forderungen für Flüchtlinge	Annahme in geänderter Fassung
C 12	Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge	Annahme
C 13	Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung	Erledigt durch C 12
C 14	Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen! Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!	Annahme in geänderter Fassung
C 15	Keine Ausnahmen vom Mindestlohn	Annahme in geänderter Fassung
C 16	Lohngerechtigkeit in Ost und West	Nichtbefassung

C 17	Meister-BAföG soll erhöht werden	Annahme in geänderter Fassung
C 18	Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf	Annahme
C 19	Stoppt das Aussterben des Hebammen-Berufs!	Rücküberweisung an Antragsteller
C 20	Fortschritt und Gerechtigkeit	Annahme in geänderter Fassung
C 21	Freizügigkeit ist kein Reichenrecht – Zur Verteidigung der europäischen Wertegemeinschaft	Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd
I C 1	Solidarität mit dem Widerstand gegen die Arbeitsmarktreform in Frankreich	Annahme als Resolution
	Antragsgruppe D Bildungspolitik	
D 1	Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien (SeiteneinsteigerInnen)	Annahme in geänderter Fassung
	Antragsgruppe E Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik	
E 1	Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben	Annahme als Resolution in geänderter Fassung
E 2	Kommunale Daseinsvorsorge	Rücküberweisung an Antragsteller
E 3	Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!	Rücküberweisung an Antragsteller
E 4	Haltung Genoss*Innen	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
	Antragsgruppe F Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	
F 1	Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen	Annahme in geänderter Fassung
F 2	Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd

F 3	Bekämpfung von Fluchtursachen	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
F 4	Sozialdemokratischer Deutschlandplan, Europaplan, Weltplan	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
F 5	Stoppt den Waffenhandel	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
F 6	Nao ao Golpe! Gegen den Staatsstreich in Brasilien!	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
F 7	Öffnung der europäischen Grenzen	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
	Antragsgruppe G Europa	
G 1	Europa neu ausrichten	Annahme in geänderter Fassung
	Antragsgruppe H Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft	
H 1	Überprüfung des Fluglärmschutzgesetzes	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
H 2	Kleine Anfrage zur „Allianz für Lärmschutz 2012“	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
H 3	Das Bürgerticket	Überweisung an Bezirksbeirat Hessen-Süd
I H 1	Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern	Annahme als Resolution
I H 2	Kein Stopp der dezentralen Energiewende – Akteursvielfalt erhalten	Annahme in geänderter Fassung

Der Bezirksparteitag hat wie folgt gewählt:

Bezirksschiedskommission I

Wahl der/des Vorsitzenden der Schiedskommission I

Stimmberechtigte Delegierte		201
Abgegebene Stimmen		194
Ungültige Stimmen		1
Harth, Hubert	Ja	186
	Nein	2
	Enthaltung	4

Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission I

Stimmberechtigte Delegierte		201
Abgegebene Stimmen		194
Ungültige Stimmen		1
Göbel-Zimmermann, Ralph		177
Weßler-Hoth, Susanne		183

Wahl der vier Beisitzerinnen/Beisitzer der Schiedskommission I

Stimmberechtigte Delegierte		201
Abgegebene Stimmen		194
Ungültige Stimmen		3
Buchhop, Uwe		173
Boldt, Verena		185
Fritz, Roland		167
Wöhlermann, Katharina		182

Bezirksschiedskommission II

Wahl der/des Vorsitzenden der Schiedskommission II

Stimmberechtigte Delegierte		201
Abgegebene Stimmen		194
Ungültige Stimmen		1
Kraemer, Ursula	Ja	185
	Nein	2
	Enthaltung	6

Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission II

Stimmberechtigte Delegierte		201
Abgegebene Stimmen		194
Ungültige Stimmen		1
Hoffmann, Fabian		190
Keller, Friedrich		179

Wahl der vier Beisitzerinnen/Beisitzer der Schiedskommission II

Stimmberechtigte Delegierte		201
Abgegebene Stimmen		194
Ungültige Stimmen		1
Birk, Annemie		164
Hoth, Jens-Peter		157
Reutter-Schwammborn, Gaby		160
Schumacher-Braun, Doris		160

Wahl der 15 Vertreterinnen/Vertreter zum Parteikonvent

Stimmberechtigte Delegierte	201
Abgegebene Stimmen	193
Ungültige Stimmen	2
1. Alex, Ulrike	86
2. Faeser, Nancy	102
3. Fuhrmann, Petra	81
4. Geis, Kerstin	77
5. Grüger, Stephan	66
6. Grumbach, Gernot	103
7. Josef, Mike	73
8. Kawai, André	69
9. Kourtoglou, Filippas	74
10. Mansoori, Kaweh	61
11. Nissen, Ulli	72
12. Pawlik, Natalie	75
13. Yüksel, Turgut	89
14. Zimmermann, Jens	67
15. Zypries, Brigitte	68
Hofmann, Heike	60
Volk-Borowski, Dennis	59
Eckert, Tobias	58
Müller, Bettina	56
Rabanus, Martin	54
Costanzo, Vivien	53
Sinß, Carsten	51
Spiegelberg, Viktoria	50
Kaffenberger, Bijan	47
Celik, Ercan	46
Lambrecht, Christine	46
Dorn, Myrella	41
Kunze, Sylvia	41
Gniza, Tobias	40
Gasper, Jürgen	39
Geier, Catrin	38
Wade, David	38
Wingerter, Sven	38
Bastian, Swen	36
Nasseh, Giorgio	36
Rottloff, Simon	34
Grobeis, Oliver	22
Kunert, Ralf	19
Müller, Heiko	13
Ziegler, Stefan	12
Martin, Astrid	11
Kracht, Andrea	10

Wahl der 45 Delegierten zu den Bundesparteitag

Stimmberechtigte Delegierte	201
Abgegebene Stimmen	169
Ungültige Stimmen	7

<u>Delegierte in alphabetischer Reihenfolge</u>	1. Wahlgang	2. Wahlgang
1. Alex, Ulrike		48
2. Bastian, Swen	135	
3. Bullmann, Udo		74
4. Costanzo, Vivien	140	
5. Degen, Christoph	142	
6. Dittmar, Ansgar		80
7. Dorn, Myrella		74
8. Eckert, Tobias	144	
9. Faeser, Nancy	155	
10. Geis, Kerstin	144	
11. Gnagl, Lisa	149	
12. Grobeis, Oliver	132	
13. Grüger, Stephan	136	
14. Grumbach, Gernot		79
15. Hoffmann, Annabelle	138	
16. Hofmann, Heike		50
17. Josef, Mike	146	
18. Kawai, André		66
19. Kourtoglou, Filippos		65
20. Kunert, Ralf	133	
21. Kunz, Cirsten	130	
22. Kunze, Sylvia		70
23. Lambrecht, Christine	143	
24. Laudenschläger, Nadeschda	132	
25. Lux, Stefan	127	
26. Mansoori, Kaweh	140	
27. Nissen, Ulli	139	
28. Pawlik, Natalie		64
29. Pipa, Erich	147	
30. Rabanus, Martin	134	
31. Reichenbach, Gerold	148	
32. Rottloff, Simon	142	
33. Schabedoth, Hans-Joachim	136	
34. Schecker, Sebastian	130	
35. Schmitt, Norbert	146	
36. Schwenke, Felix	140	
37. Siebel, Michael		77
38. Simmler, Susanne	131	
39. Spiegelberg, Viktoria		52
40. Stang, Gisela		67
41. Wade, David		44
42. Wiczorek-Zeul, Heidemarie		100
43. Yüksel, Turgut	143	
44. Zimmermann, Jens	146	
45. Zypries, Brigitte	145	

Ersatzdelegierte in der Reihenfolge des Stimmergebnisses

Langwasser, Lisa	44
Kaffenberger, Bijan	40
Sinß, Carsten	40
Koch, Patrick	38
Geier, Catrin	37
Giebenhain, Raoul	35
Gniza, Tobias	35
Huß, Tim	34
Merker, Matti	34
Gasper, Jürgen	33
Herget, Tine	32
Habekost, Oliver	31
Wingerter, Sven	28
Krzysztofik, Albert	27
Harnischfeger, Lukas	25
Maurer-Genc, Ellen	22
Schmöker, Tim	22
Holschuh, Rüdiger	21
Ostrowicki, Julia	21
Kötschau, Stephanie	20
Sarikaya, Serpil	20
Jacobi, Christian	19
Schell, Michael	15
Seewald, Ilja	15
Jansen, Maria	14
Rompf, Peter	14
Michael, Claudia	13
Müller, Heiko	13
Gnadl, Rolf	12
Kern, Florian	12
Müller-Puhlmann, Michael	12
Podstatny, Roger	12
Seger, Joshua	12
Straub, Thomas	11
Etzold, Heiner	10
Butschek, Philipp	8
Stein, Marc	7
Galbreth, Delton	6
Thoma, Philipp	6
Michael, Michael	5
Reuter, Michael	5
Strank, Oliver	5